

Der Kampf um die Löhne

Autor(en): **Weber, Max**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **23 (1931)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352495>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 4

April 1931

23. Jahrgang

Der Kampf um die Löhne.

Von Max Weber.

Jede Wirtschaftskrise wird von den Unternehmern dazu benutzt, um einen Druck auf die Arbeitsbedingungen auszuüben. Es ist das die logische Folge der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung, in der die Arbeitskraft trotz aller gegenteiligen Versicherungen als Ware behandelt wird. Und als Ware ist die Arbeitskraft den Gesetzen des Marktes unterworfen; ihr Preis wird, soweit nicht vertragliche Bindungen oder wirtschaftliche Machtverhältnisse dem entgegenstehen, durch Angebot und Nachfrage bestimmt. In der Krise lastet ein stark gesteigertes Angebot auf dem Arbeitsmarkt, dem eine verminderte Nachfrage gegenübersteht, und das drückt auf den Preis der Ware Arbeitskraft.

Die Unternehmer können diese für sie günstige Lage des Arbeitsmarktes ausnutzen durch Vorstoss gegen die Löhne oder gegen die Arbeitszeit. In der letzten grossen Krise der Jahre 1921/22 ging der Generalangriff der Unternehmer ziemlich allgemein gegen die Arbeitszeit. Sie machten den Versuch, die 48-Stunden-Woche wieder zu beseitigen. Auch in der Schweiz wurde versucht, die im Fabrikgesetz niedergelegte 48-Stunden-Woche durch eine Gesetzrevision wenigstens vorübergehend zu verlängern bis auf 54 Stunden. Bekanntlich ist dieser Vorstoss an der geschlossenen und begeisterten Abwehr der gesamten Arbeitnehmerschaft gescheitert. Auch in andern Ländern ist es damals nur unter schweren Kämpfen und nur ganz vorübergehend gelungen, die Arbeitszeit wieder zu verlängern.

Heute schlagen die Unternehmer eine andere Taktik ein. Sie scheinen aus jenen Misserfolgen einiges gelernt zu haben; denn ihr Angriff gilt nicht mehr in erster Linie der Arbeitszeit. Auf jeden Fall werden sie kaum versuchen, die gesetzliche Arbeitszeit zu verlängern da, wo die Arbeiterschaft einen starken

Einfluss besitzt. Die verkürzte Arbeitszeit hat allgemeine Geltung erlangt und sich bewährt. Zudem ist sie durch Mehrleistungen der Arbeiterschaft ausgeglichen worden, ja, die intensive Rationalisierung hat dazu geführt, dass heute in der kürzeren Arbeitszeit bedeutend mehr produziert wird als früher. Ausserdem würden Bestrebungen auf Verlängerung der Arbeitszeit wohl jetzt auf einen denkbar ungünstigen Boden fallen. Es steht doch gar zu sehr im Widerspruch mit dem gesunden Menschenverstand, die Arbeitszeit zu verlängern in einem Zeitpunkt, da für viele Millionen Arbeiter überhaupt keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Immerhin werden da und dort vereinzelte Versuche unternommen werden, um im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung die Arbeitszeit zu verlängern, insbesondere durch Verlängerung der Normalarbeitswoche. Und die Arbeiterschaft wird gut tun, sich darauf vorzusehen, um solche Versuche abwehren zu können. In der Hauptsache aber konzentrieren die Arbeitgeber heute ihre

Offensive gegen die Löhne.

Sie hat naturgemäss in jenen Ländern zuerst eingesetzt, wo die Arbeitslosigkeit am grössten war. Immerhin macht man sich über den Umfang der Lohnsenkung im Ausland nicht immer die richtigen Vorstellungen. In Italien konnte die Aktion ja sehr einfach durchgeführt werden. Das Diktaturregime Mussolinis dekretierte im November eine allgemeine Lohnsenkung von 12 Prozent für das Personal der öffentlichen Verwaltungen. Gleichzeitig wurde beschlossen, auch in der Industrie die Arbeitslöhne herabzusetzen. Wenige Tage später schlossen die fascistischen Arbeitskorporationen, natürlich ohne dass die Arbeiterschaft dazu etwas zu sagen hatte, « Uebereinkommen » ab, wonach die Löhne um ungefähr 8 Prozent gesenkt wurden; für einzelne Kategorien waren es nur 5, für andere dagegen 10 Prozent, für die Landarbeiter soll die Lohnreduktion sogar 10 bis 25 Prozent betragen. Weniger einfach geht die Lohnabbauaktion in Deutschland vor sich. Wir lesen zwar viel vom deutschen Lohnabbau. In Wirklichkeit ist es den deutschen Gewerkschaften gelungen, das Lohnniveau, wenigstens soweit es sich um Tariflöhne handelt, einigermaßen intakt zu halten. Die Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Tariflöhne der männlichen Vollarbeiter, die sich auf 48 Orte bezieht, ergibt folgende Indexzahlen:

Juni	1927	91,3	Dezember 1928	102,2
Dezember	1927	94,6	Dezember 1929	107,1
Juni	1928	99,9	Dezember 1930	107,6

Im Jahre 1930 hat also sogar eine geringfügige Erhöhung der Tariflöhne stattgefunden. Allerdings ist der Lohnabbau erfolgt zunächst durch Abbau der übertariflichen Löhne. Diese werden statistisch nicht erfasst, aber man schätzt, dass das

Lohnniveau in Zeiten der Hochkonjunktur bis zu 15 Prozent über die Tariflöhne hinausgeht. Schon seit längerer Zeit ist an diesen übertariflichen Verdiensten abgebaut worden. Trotzdem dürfte die Lohnsenkung in Deutschland bei weitem nicht den Umfang angenommen haben, wie es aus vielen Zeitungsartikeln den Anschein hat. Uebrigens sind auch die Preise nur in sehr langsamem Tempo zurückgegangen. Der Index der Lebenshaltungskosten in Deutschland hat sich im Verlauf des letzten Jahres um etwa 6 Prozent gesenkt.

In der Schweiz ist bisher kein allgemeiner Lohnabbau durchgeführt worden. In einigen Zweigen der Textilindustrie, wo seit Jahren grosse Arbeitslosigkeit herrscht und die Arbeiterschaft zudem sehr schwach organisiert ist, sind schon seit längerer Zeit Lohnreduktionen vorgenommen worden. In einigen andern Zweigen der Exportindustrie ist auf indirektem Wege versucht worden, die Lohnkosten zu senken durch Aenderung der Akkordansätze. Im allgemeinen hat jedoch die schweizerische Arbeiterschaft ihr Lohnniveau zumindest aufrechterhalten können. Ja, es sind bis in die allerletzte Zeit hinein auch noch Bewegungen für Erhöhung der Löhne geführt worden.

Betrachten wir nun die

Begründung der Unternehmer,

die sie für den Lohnabbau ins Feld führen, etwas näher. Sie erklären, eine Senkung der Produktionskosten sei unter allen Umständen notwendig, und glauben, diese auf dem Weg über die Löhne zu erreichen. Dabei wird erklärt, dass selbstverständlich das Realeinkommen der Arbeiterschaft nicht geschmälert werden soll; gleichzeitig mit den Löhnen müssten auch die Preise gesenkt werden. Der schweizerische Kleinhandelsindex ist aber im letzten Jahr nur um 3 Prozent gesunken, und es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass er in der nächsten Zeit in eine raschere Bewegung geraten könnte.

Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass die Löhne in den meisten Betrieben einen verhältnismässig geringen Anteil an den Produktionskosten ausmachen. Gerade infolge der fortwährenden Rationalisierung ist der Lohnkostenanteil noch mehr zurückgegangen. In manchen Betrieben dürfte er nicht mehr als 20 bis 30 Prozent der Produktionskosten ausmachen. Wenn somit die Löhne auch um einige Prozent gesenkt würden, so würde das im Total der Produktionskosten einen so verschwindenden Betrag ausmachen, dass das für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gar keine ausschlaggebende Rolle mehr spielen kann. Allerdings erklärt man, es müsste eben alles verbilligt werden, auch die Beschaffung der Materialien, Werkzeuge usw., so dass die Verbilligung dann mehr ausmache. Wer jedoch näher untersucht, wie solche Preisüberwälzungen, wenn sie nach unten gerichtet sind, vor sich gehen, und wer die mannigfachen Bindungen der

heutigen Wirtschaft kennt, der muss es als Illusion bezeichnen, dass eine solche allgemeine Preissenkung sich auch wirklich durchsetzt. In Deutschland hat man erfahren, dass es selbst mit staatlichen Massnahmen nicht möglich ist, den Preisabbau zu erzwingen. Es käme somit letzten Endes nur darauf hinaus, dass wohl die Löhne abgebaut werden, währenddem die Preise keine nennenswerte Senkung erfahren.

Selbst angenommen, es könnte auf diese Weise eine Reduktion der Produktionskosten von sagen wir einmal 5 Prozent erzielt werden, glaubt jemand im Ernst, dass damit die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz auf dem Weltmarkt gerettet werden könnte? Die deutsche «Gewerkschaftszeitung» hat in einer ihrer letzten Nummern festgestellt, dass an der Leipziger Messe von seiten der Tschechen, Oesterreicher und Japaner so billige Produkte offeriert wurden, dass Länder mit höherem Preisniveau, wie Deutschland, England, die Schweiz, überhaupt nicht konkurrieren konnten. Also selbst die zwangsweise durchgeführte Senkung der Produktionskosten hat die deutsche Industrie nicht wettbewerbsfähig machen können mit Ländern, die ein wesentlich anderes Preisniveau besitzen. Deutschland kann sich nur durch Qualitätsprodukte einen Absatz sichern. Das gilt für die Schweiz in noch viel höherem Masse. Es wäre ganz sinnlos, unter grossen Anstrengungen und schweren sozialen Kämpfen (auf deren Folgen komme ich noch zu sprechen) eine Herabsetzung der Produktionskosten erreichen zu wollen. Der Erfolg müsste ausbleiben, weil der Vorsprung der Länder mit niedrigerem Preis- und Lohnniveau viel zu gross ist. Es bleibt einzig übrig, die Konkurrenzfähigkeit zu steigern durch Leistung von Qualitätsarbeit sowie durch bessere Organisation.

Es gibt zahlreiche andere Wege, um die Produktionskosten zu senken, und die Unternehmer werden diese auch beschreiten, wenn es den Arbeitern gelingt, dem Abbau der Löhne erfolgreich Widerstand zu leisten. Natürlich gehen die Arbeitgeber den Weg des geringsten Widerstandes. Lohnabbau, wenn er sich durchsetzen lässt, erfordert eben viel weniger Arbeit als Verbesserungen in der Organisation, planmässige Zusammenarbeit auf dem Auslandmarkt und dergleichen mehr.

Ein wichtiger Grund, weshalb, besonders in Deutschland, eine Entlastung auf dem Wege des Lohnabbaues gesucht wird, liegt in der umfangreichen

Fehlleitung des Kapitals.

Unter dem Stichwort Rationalisierung sind seit einigen Jahren ungeheure Kapitelaufwendungen gemacht worden. Mechanisierung auf allen Gebieten, Betriebserweiterungen, Schaffung neuer Betriebe, all das sollte die Konkurrenzfähigkeit der Industrie steigern. Aber diese Massnahmen erfolgten planlos und erwiesen sich nachher zum grossen Teil als Fehlinvestitionen, weil sie in-

folge Mangels an Absatz gar nicht ausgenutzt werden können. Verzinst und amortisiert werden müssen diese Anlagen trotzdem. Bei manchen Unternehmungen werden bedeutende Abschreibungen notwendig werden, und sie suchen nach einem Weg, um die Verluste für den Kapitalbesitz möglichst wenig fühlbar zu machen. Friedrich Olk hat in einem Artikel in der « Arbeit » (Heft 11, 1930) sehr treffend darauf hingewiesen, dass es nicht die hohen Löhne sind, welche die deutsche Industrie zu stark belasten, sondern diese falschen Anlagen. Olk erklärt die heftige Forderung der Unternehmer nach Lohnabbau als Furcht vor dem Kapitalschnitt und als einen Versuch, « die notwendig gewordene Kapitalermässigung durch Druck auf die Löhne zu ersetzen ».

Die Rationalisierungsmode hat infolge der Planlosigkeit, mit der sie angewandt wurde, überall zu Fehlanlagen geführt. Laut einem Bericht des Vizedirektors des Internationalen Arbeitsamtes hat der Kommissär für Arbeitsstatistik der Vereinigten Staaten erklärt, wenn 200 von den 1357 Schuhfabriken des Landes voll arbeiten würden, so könnten sie der ganzen Nachfrage genügen und die übrigen 1157 Betriebe könnten geschlossen werden. Ebenso könnten 1487 von den 6057 Braunkohlenbetrieben alle erforderliche Kohle produzieren, wenn sie 300 Tage im Jahre arbeiten würden, statt nur mit Unterbruch zu arbeiten, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die schweizerische Industrie ist mit der Rationalisierung etwas vorsichtiger gewesen und hat im allgemeinen solche Fehlanlagen vermieden. Immerhin gibt es auch Fälle, wo bedeutende Mittel direkt verlocht worden sind. Was für ein wirtschaftlicher Unsinn ist es zum Beispiel, wenn mit einem Kostenaufwand von etwa 10 Millionen Franken eine neue Zementfabrik (in Hausen) erstellt wird, obschon die bestehenden Betriebe nur zu 60 Prozent ausgenützt werden. Die Kosten werden natürlich in irgendeiner Weise auf die Gesamtwirtschaft überwälzt. Die neue Fabrik ist ja bereits stillgelegt worden, nachdem sie in den Besitz des Zementsyndikats übergegangen war.

Erheben wir nun die Frage nach den Wirkungen, die ein Lohnabbau für die Wirtschaft haben müsste. Es ist ganz klar, dass eine

Verschärfung der Krise

die logische Folge eines Lohnabbaues wäre. Wenn in der Schweiz die für das Inland arbeitenden Produktionszweige bis heute von der Krise erst in geringem Umfange betroffen werden, so ist das in allererster Linie darauf zurückzuführen, dass das Lohnniveau verhältnismässig intakt geblieben ist, dass also die Kaufkraft (abgesehen vom Verlust der Arbeitslosen) ungeschmälert erhalten wurde. In den Kreisen des Gewerbes wie der Landwirtschaft sieht man das ein, und wenn deren Führer sich gegen einen Lohnabbau aussprechen, so geschieht das natürlich nicht, um

der Arbeiterschaft einen Gefallen zu tun, sondern aus ureigenstem Interesse an der Erhaltung ihrer Absatzmöglichkeiten.

Die Auffassung der Gewerkschaften, es gelte, eine möglichst grosse Kaufkraft zu erhalten, wird also heute von weiten Kreisen geteilt. Die Unternehmerpresse hat freilich den Versuch gemacht, die « gewerkschaftliche Lohntheorie » zu widerlegen. Es blieb jedoch beim Versuch. Die Lehren der wirtschaftlichen Realitäten sind allzu deutlich. Der Ausbruch der gegenwärtigen Krisis erfolgte ganz unabhängig von der Lohnhöhe. Neben Ländern mit hohem Lohnniveau, wie Amerika, England, wurden solche mit sehr niedrigen Löhnen, wie Osteuropa, Italien, davon betroffen. Auch im Grad und in der Schärfe der Krise lassen sich keine Unterschiede feststellen, die mit dem Lohnniveau in Zusammenhang stehen, es sei denn der, dass in jenen Ländern, wo die Löhne nicht abgebaut wurden, die internationale, im Charakter der Wirtschaft selbst begründete Krise wenigstens keine solche Verschärfung erfahren hat wie dort, wo ein starker Lohndruck ausgeübt worden ist. Wäre die Lohntheorie der Unternehmer richtig, so müssten ja die Länder, wo die Löhne reduziert wurden, ihre Konkurrenzfähigkeit wesentlich verbessern können. Das ist aber nicht der Fall. Auch in diesen Ländern ist der Export zurückgegangen.

Ein Lohnabbau hätte aber nicht nur schwere Wirkungen auf den Inlandmarkt, er müsste auch auf die betroffenen Unternehmungen selbst zurückwirken durch eine Verminderung der Leistungen.* Die Arbeiterschaft wird sich ihre bisherigen Einkommensverhältnisse unter keinen Umständen freiwillig verschlechtern lassen. Jede Lohnabbauaktion muss somit zu einer grossen Beunruhigung und zu sozialen Kämpfen führen. Was die Folgen sind, könnten sich die Unternehmer selbst ausrechnen. Bei der deutschen Wirtschaftsenquete hat der Untersuchungsausschuss für die Textilindustrie festgestellt, dass der Kampf gegen die verkürzte Arbeitszeit, der 1924 von der deutschen Industrie mit aller Schärfe geführt wurde, infolge der sozialen Beunruhigung die Leistung der Arbeiterschaft stark beeinträchtigt hat, stärker sogar als der Produktionsausfall infolge der kürzeren Arbeitszeit war. Die Unternehmer mögen sich deshalb zweimal überlegen, ob sie einen solchen Kampf um die Löhne heraufbeschwören wollen. Er würde auch bei uns zu sinkendem Leistungswillen der Arbeiterschaft und zu einer Verminderung der Leistung führen, die wahrscheinlich bedeutend mehr ausmachen würde, als durch den Lohnabbau bestenfalls eingespart werden könnte.

* Bemerkenswert ist ein Urteil eines Fabrikanten, das von Prof. Goetz Briefs im « Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens » wiedergegeben wird: « Mit Gleichgültigkeit oder mürrisch widerwillig geleistete und schlecht bezahlte Arbeit ist und bleibt zu allen Zeiten die wenigst rentable, die teuerste Arbeit. »

Schliesslich soll noch eine Frage erörtert werden:

Wäre ein Lohnabbau gerecht?

Wir wollen hier gar nicht darüber diskutieren, wie ungerecht der heutige Anteil der Arbeit am Gesamtertrag der Wirtschaft ist. Aber wir stellen fest, dass er im letzten Jahrzehnt noch kleiner geworden ist. Man operiert in der Presse häufig mit dem gestiegenen Reallohn. Man möge einmal berechnen, in welchem Umfange der Gesamtertrag der Wirtschaft gestiegen ist. Dann müsste man zum Ergebnis kommen, dass das Realeinkommen der Arbeiterschaft bei weitem nicht im gleichen Umfange zugenommen hat wie das sogenannte Sozialprodukt. Wir haben es in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» schon seit Jahren konstatiert, dass der Konjunkturaufschwung ganz einseitig dem Kapitaleinkommen zugute gekommen ist. Die Dividenden sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Gegenüber den letzten Krisenjahren haben sie sich mehr als verdoppelt. Sie werden auch durch die gegenwärtige Krise nicht wesentlich reduziert. Ein Beweis dafür ist auch die feste Haltung der Börsen. Die Aktienkurse sind seit ihrem Tiefstand, der aber immer noch auf der Höhe von Jahren guter Konjunktur blieb, innert der letzten drei Monate um durchschnittlich etwa 15 Prozent gestiegen. Das Kapital befürchtet also keine ernstliche Verminderung seiner Profite.

Trotz einer Steigerung der Reallöhne ist der Soziallohn, d. h. der Anteil der Arbeiterschaft am Gesamtertrag unserer Volkswirtschaft, kleiner geworden. Oder mit andern Worten: Die Arbeitnehmer haben von der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft einen verhältnismässig viel bescheideneren Anteil bekommen als das Kapital. Dieser Umstand mag auch schuld sein daran, dass die Unternehmervetreter ihre Forderung nach Lohnabbau bisher in der Regel sehr behutsam vertreten haben. Sie werden sich selbst sagen, dass es eine krasse Ungerechtigkeit wäre, der Arbeiterschaft, die ohnehin von der Krise am schwersten betroffen wird durch den Verdienstausschlag der Arbeitslosen, ein Lohnopfer zuzumuten, während das Kapital sein Gesamteinkommen gewaltig vermehren konnte. Die Arbeiterschaft muss aus diesen Gründen Vorschläge auf Einführung von «Gleitlöhnen», wie sie in der «Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung» (Nr. 8, 1931) gemacht worden sind, mit aller Entschiedenheit ablehnen. Denn sie will nicht nur das bisherige Realeinkommen behalten, sondern sie erhebt Anspruch auf den erhöhten volkswirtschaftlichen Ertrag, der dank ihrer intensiveren und qualitativ höherwertigen Leistung erzielt worden ist.

Wir wissen freilich, dass in der heutigen Wirtschaft Gründe der Billigkeit und Gerechtigkeit und oft auch volkswirtschaftliche Ueberlegungen nicht gerade hoch im Kurs stehen. Ob die bestehenden Nominallöhne aufrechterhalten werden können, ist

eine Frage der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Unternehmertum und der organisierten Arbeiterschaft. Doch die Tatsache, dass gewichtige wirtschaftliche Gründe gegen einen Lohnabbau sprechen, und das Bewusstsein, eine gerechte Sache zu vertreten, werden die Gewerkschaften bestärken in dem festen Willen, mit allen verfügbaren Kräften den Kampf zu führen gegen eine Senkung des gegenwärtigen Lohnniveaus.

Zur Frage der nationalen Stabilisierung des Preisniveaus.

Von Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern.

Auf Antrag des Genossen Hans Schumann, Verfasser des kürzlich erschienenen Buches « Arbeiterklasse und Geldpolitik » hat die thüringische Parteisektion Schmölln dem kommenden deutschen Parteitag folgenden Antrag zur Entscheidung vorgelegt:

« Der Parteiverein Schmölln beantragt, dass die Parteileitung — im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm — den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die internationale Goldaufwertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpft. Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von grösster Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkt aus die Forderung aufzustellen, dass die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeiten das Preisniveau ohne Rücksicht auf Wechselkurse zu stabilisieren haben. »

In einem Brief vom 2. Februar 1931 hat mich Genosse Schumann eingeladen, ihm ein kurzes Gutachten zu diesem Antrag zuzustellen. Da die durch den Antrag Schmölln und in meiner Antwort aufgeworfenen Fragen von allgemein theoretischer Bedeutung sind und auch für die schweizerische Wirtschaftspolitik nicht belanglos erscheinen, so hielt ich es für gegeben, die Antwort an den Genossen Schumann der « Gewerkschaftlichen Rundschau » zur Verfügung zu stellen:

Vernehmlassung zum Antrag der Parteisektion Schmölln betr. Stabilisierung des Preisniveaus.

Sie wünschen von mir ein Gutachten über Ihren am Parteitag der S.P.D. zu stellenden Antrag. Ich komme Ihrem Wunsche, mich zu dem Antrag zu äussern, gerne nach, möchte aber beifügen, dass es sich nur um eine kurze und freie Meinungsäusserung, nicht um das handeln kann, was man gewohnheitshalber unter « Gutachten » zu verstehen geneigt ist. Um in diesen komplexen und profunden Fragen ein Gutachten zu erstellen, müsste man sehr viel Zeit zur Verfügung haben (was bei mir momentan infolge dringender Redaktionsarbeiten für die Eidg. Preisbil-